



Mitreden und Mitgestalten Strukturelle Partizipation in den Kantonen

Se responsabiliser et s'engager: Participation structurelle dans les cantons

Übersicht, erstellt auf Basis der Bestandesaufnahme
«Politische Partizipationsmöglichkeiten»
des Instituts für Sozialanthropologie der Universität Bern, 2006

Etabli sur la base de l'étude
«Possibilités de participation politique»
de l'Institut d'anthropologie sociale de l'Université de Berne, 2006

Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen

Quellenweg 6
CH-3003 Bern-Wabern
031 325 91 16
ekm@bfm.admin.ch
www.ekm.admin.ch

Commission fédérale pour les questions de migration

Quellenweg 6
CH-3003 Berne-Wabern
031 325 91 16
ekm@bfm.admin.ch
www.ekm.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

Table des matières

Partizipation der Ausländerinnen und Ausländer in den Kantonen	4
La participation des étrangers dans les cantons	9
Die Situation in den einzelnen Kantonen La situation dans chaque canton	14

Partizipation der Ausländerinnen und Ausländer in den Kantonen

1. Einleitung

Wo dürfen Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz an die Urne? Wo gibt es eine Stadtpräsidentin, die keinen Schweizer Pass vorzuweisen hat? Welche Kantonspolizei beschäftigt Ausländerinnen? Welches Richteramt verlangt nicht das Schweizer Bürgerrecht? Welcher Kanton verfügt über ein Integrationsgesetz, welcher über ein Leitbild zur Integration? Wie können Ausländer-Organisationen bei Vernehmlassungen mitwirken?

Das föderale System der Schweiz macht es ziemlich schwierig, solche und ähnliche Fragen zu den Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten von Ausländerinnen und Ausländern zu beantworten. Das Institut für Sozialanthropologie der Universität Bern hat 2006 im Auftrag der Eidgenössischen Ausländerkommission EKA¹ eine ausführliche Bestandesaufnahme der formalen Partizipationsmöglichkeiten und der Verankerung der Integrationspolitik auf rechtlicher Ebene in den Kantonen durchgeführt. Die folgende Übersicht über die strukturelle Partizipation in den Kantonen basiert auf den Erhebungen des Berner Instituts für Sozialanthropologie. Die Studie wurde geleitet von Hans-Rudolf Wicker, Mitwirkende waren Brigitte Arn, Andrea Gian Mordasini und Martin Beyeler.

Die letzten Ergänzungen stammen vom Dezember 2010.

2. Grundlagen der Integrationspolitik der Kantone

In zehn Kantonen (BL, BS, FR, GL, JU, NE, SG, SO, VD und ZH) enthält die Kantonsverfassung einen Integrationsartikel.

Die Kantone Genf, Neuenburg und Waadt verfügen über ein Integrationsgesetz. In Baselland und Basel-Stadt hat das Parlament einem neuen Integrationsgesetz zugestimmt; die beiden Gesetze sind aber noch nicht in Kraft. Die Kantone Aargau, Jura, Tessin und Wallis regeln mit einem Artikel in einem Gesetz die Integrationsaufgabe des Kantons.

Die Kantone BL, FR, GE, GR, JU und VS regeln im Rahmen von Verordnungen zusätzlich die Aufgaben und Zuständigkeiten der Behörden sowie die Bereitstellung von Subventionen. Der Kanton Graubünden bezieht sich dabei direkt auf die Gesetzgebung des Bundes. Der Kanton Zug regelt die staatlichen Integrationsaufgaben und -zuständigkeiten per Verordnung zur Integrationskommission. Im Tessin werden die Aufgabenbereiche und Zusammensetzung der Integrationskommission in einem eigenen Kommissionsreglement geregelt.

Acht Kantone (AG, BS, LU, OW, SH, SO, TI und VS) haben ein kantonales Integrationsleitbild. In Bern und Freiburg befinden sich Leitbilder in Ausarbeitung. Der in Schwyz vorliegende Integrationsbericht dient der Regierung als Entscheidungsgrundlage zur Schaffung eines Leitbildes und/oder einer gesetzlichen Grundlage. In St.Gallen und Thurgau existieren interne Strategiepapiere, welche Leitbildcharakter haben.

¹ Seit 01.01.2008 Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM

3. Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Die Bundesverfassung (Art. 39 Abs. 1) überlässt es den Kantonen, auf ihrem Gebiet die politischen Rechte zu regeln. Die Kantone sind darin frei, in kantonalen und kommunalen Angelegenheiten Ausländerinnen und Ausländer an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Sieben Kantone (JU, NE, VD, FR, GE, AR und GR) machen von dieser Möglichkeit Gebrauch, allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmass.

Es gilt zu unterscheiden zwischen dem aktiven Stimm- und Wahlrecht (dem Recht, abzustimmen und zu wählen) und dem passiven Wahlrecht (dem Recht, sich wählen zu lassen), der Wählbarkeit.

Bei der Erteilung des Stimm- und Wahlrechtes in kommunalen Angelegenheiten gehen die Kantone unterschiedlich vor: Sie bestimmen entweder, dass alle Gemeinden Ausländerinnen und Ausländer an kommunalen Wahlen und Abstimmungen beteiligen müssen, oder sie überlassen es den Gemeinden, ob sie diese Rechte ihren ausländischen Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern erteilen wollen.

Überall ist die Erteilung der politischen Rechte an Bedingungen geknüpft: z.B. an eine bestimmte Mindestwohndauer in der Schweiz und im Kanton und an den Aufenthaltsstatus (in der Regel an die Niederlassungsbewilligung). In den Kantonsportraits sind die jeweiligen Bedingungen aufgeführt.

3.1 Stimm- und Wahlrecht auf Kantonsebene

Lediglich zwei Kantone, nämlich Jura und Neuenburg, gewähren Ausländerinnen und Ausländern das aktive Stimm- und Wahlrecht in kantonalen Angelegenheiten. In beiden Kantonen ist die Wählbarkeit auf kantonaler Ebene aber auf Personen mit Schweizer Pass reduziert. Im Kanton Neuenburg wurde am 17. Juni 2007 die Wählbarkeit der Ausländerinnen und Ausländer in einer Volksabstimmung klar abgelehnt (am gleichen Tag wurde jedoch die Wählbarkeit auf kommunaler Ebene angenommen).

Im Jura sind Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens zehn Jahren im Kanton wohnhaft sind, stimmberechtigt; der Eintrag ins Stimmregister erfolgt von Amtes wegen. In Neuenburg ist für Niedergelassene nur eine Wohnsitzfrist von fünf Jahren nötig, um das Stimm- und Wahlrecht zu erhalten. Der Eintrag ins Stimmregister erfolgt ebenfalls von Amtes wegen. Während Neuenburg das kantonale Ausländerstimmrecht im Jahr 2001 eingeführt hat, kennt der Kanton Jura dies bereits seit seiner Gründung 1979.

In den übrigen 24 Kantonen sind Ausländer und Ausländerinnen vom Stimm- und Wahlrecht auf kantonaler Ebene ausgeschlossen.

3.2 Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene

Fünf Kantone (NE, JU, VD, FR, GE) haben das Ausländerstimm- und Wahlrecht in kommunalen Angelegenheiten generell eingeführt. Es gilt also in allen Gemeinden. Appenzell Ausserrhoden und Graubünden überlassen es ihren Gemeinden, ob sie das Stimm- und Wahlrecht auch an Nicht-Schweizer erteilen wollen. Die Gemeinden können autonom bestimmen, in welchem Umfang sie den Ausländern politische Rechte verleihen.

Einen Sonderfall stellt der Kanton Basel-Stadt dar, der aus lediglich drei Gemeinden besteht, nämlich der Stadt Basel sowie den beiden Gemeinden Riehen und Bettingen. Die am 13. Juli 2006 in Kraft getretene neue Verfassung ermöglicht es den Einwohnergemeinden Riehen und Bettingen im Rahmen ihrer Gemeindeautonomie, das Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten auch auf die ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner auszudehnen. Da die Einwohnergemeinde der Stadt Basel kein eigenes Legislativ-Organ hat, ist eine analoge Regelung für die Stadt Basel nicht möglich.

Von den fünf Kantonen, in denen generell das Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene eingeführt ist, gewähren Freiburg und Waadt und – seit 2007 auch Neuenburg – den Ausländerinnen und Ausländern die vollumfänglichen Rechte, d.h. sie sind in der Gemeinde auch wählbar. Hingegen sind sie in Genf vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen. 2005 war zwar die Initiative für das aktive Stimm- und Wahlrecht angenommen, jene für die Einführung der Wählbarkeit aber abgelehnt worden.

Der Kanton Jura lässt seine ausländischen Mitbewohner seit seiner Gründung auf Gemeindeebene mitbestimmen, beschränkt die Wählbarkeit aber auf die Gemeindeparlamente und dies auch nur, wenn die Gemeinde eine entsprechende Änderung beschliessen. Im Juni 2007 lehnte das Volk die Einführung der Wählbarkeit auf Gemeindeebene ab.

Die ausländischen Stimmberechtigten werden in den Kantonen AR, FR, GE, JU, NE und VD von Amtes wegen in das Stimmregister eingetragen. Der Kanton GR überlässt es den Gemeinden zu bestimmen, ob sie von Amtes wegen oder auf Antrag hin in das Stimmregister eingetragen werden.

Der Kanton Neuenburg hat bereits 1849 das kommunale Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer eingeführt. Jura folgte 1979 (bei der Gründung des Kantons). Als nächster Kanton verlieh Appenzell Ausserrhoden 1985 den ausländischen Mitbewohnern politische Rechte. 2004 folgten Graubünden und Waadt, 2006 Freiburg – alle im Rahmen einer Verfassungsrevision. Einzig in Genf erfolgte die Einführung aufgrund einer Initiativ-Abstimmung.

In sieben Kantonen (AG, BS, SG, SH, SO, LU, VS) sind in den letzten Jahren Bestrebungen zur Einführung des Ausländerstimm- und Wahlrechts in kommunalen Angelegenheiten gescheitert. In Bern und Zürich sind entsprechende Diskussionen noch im Gang.

4. Zugang zu Verwaltungsstellen

Die Ausübung der politischen Rechte ist die wohl stärkste Form der Mitwirkung am Gemeinwesen. Aber auch der Zugang zu Stellen in der Verwaltung ermöglicht ein gewisses Mass an Mitgestaltung. Eine Übersicht zu erhalten, in welchen Kantonen Ausländerinnen und Ausländer als Beamte, Mitglieder einer richterlichen Behörde oder einer Kommission, als Verwaltungsangestellte, Lehrkraft oder Polizistin tätig sein dürfen, gestaltet sich sehr schwierig. Dies liegt zum einen an den Unschärfen in der Begriffsverwendung: Weder Kommission noch Behörde sind beispielsweise klar definierte Begriffe. Andererseits sind die kantonalen Gesetzgebungen sehr unterschiedlich. Während es in einem Kanton klare Anstellungsbedingungen gibt, welche über das Erfordernis des Schweizer Passes Auskunft geben, wird die Frage anderswo überhaupt nicht geregelt. Das Spektrum reicht vom Kanton Neuenburg, wo grundsätzlich alle Verwaltungsstellen allen offen stehen (in einem Reglement sind alle Stellen aufgeführt, für welche die Schweizer Nationalität verlangt wird), bis zum Kanton Uri, der über eine traditionell äusserst knappe Gesetzgebung verfügt, die viele Zugangsbeschränkungen nur implizit enthält oder gar nicht festschreibt.

Die Angaben in den Kantonsportraits beschränken sich deshalb auf die einigermaßen gesicherten Erkenntnisse.

In fast allen Kantonen haben Personen ohne Schweizer Bürgerrecht Zugang zu den Stellen der kantonalen Verwaltung. Einzig im Tessin finden sich umfassende Ausschlussklauseln. So sind nach der gesetzlichen Grundlage die Stellen als ernannte Beamte («Nominati») und Angestellte des Staates, Arbeiter der Staatsbetriebe sowie der Direktoren, Vizedirektoren und Lehrer der kantonalen und kommunalen Schulen grundsätzlich nur für Personen mit Schweizer Bürgerrecht offen. Über Ausnahmen entscheidet der Regierungsrat.

In fünf Kantonen sehen die gesetzlichen Rahmenbedingungen die Möglichkeit eines Ausschlusses zwar vor, diese findet in der Praxis aber kaum Anwendung. So kann im Kanton Nidwalden laut «Gesetz über das öffentlichrechtliche Arbeitsverhältnis» ein Ausschluss von Ausländern und Ausländerinnen «in begründeten Fällen» erfolgen, jedoch ist kein Beispiel für eine Anwendung dieser restriktiven Klausel bekannt. In der Waadt können für bestimmte Funktionen zusätzliche Anforderungen in Bezug auf das Schweizer Bürgerrecht aufgestellt werden. Auch im Kanton Schaffhausen kann der Regierungsrat aus besonderen Gründen Funktionen bezeichnen, für welche das Schweizer Bürgerrecht erforderlich ist. Eine solche Regelung gilt aber lediglich für die Kantonspolizei. Im Wallis ist der Ausschluss der Ausländerinnen und Ausländer zwar vorgesehen, in der Praxis aber nicht relevant. Zwar setzt das Gesetz sowohl für die Beamten und Angestellten als auch für die Beamten der Kantonspolizei das Schweizer Bürgerrecht voraus, ermöglicht aber zugleich Ausnahmen von dieser Bestimmung. Im Kanton Uri ist der Zugang zu den Verwaltungsstellen generell offen, es finden sich keine expliziten Ausschlussklauseln in den Gesetzestexten. In der Praxis sind die Stellen der oberen Kader der Verwaltung jedoch Schweizern und Schweizerinnen vorbehalten.

Basel-Stadt und Neuenburg führen Listen mit Stellen, für die das Schweizer Bürgerrecht erforderlich ist.

4.1 Schuldienst

Die Schulen stehen ausländischen qualifizierten Personen mit Ausnahme des Tessins als Arbeitsort in der Regel offen. Im Tessin sind Ausländerinnen und Ausländer grundsätzlich von der Ernennung zur Lehrperson an kantonalen und kommunalen Schulen ausgeschlossen. Wie bei den anderen Kantonsangestellten gilt, dass im Bedarfsfall oder zur Förderung des Anteils Hochqualifizierter auch Personen ohne Schweizer Bürgerrecht ernannt werden können. Grundsätzlich obliegt dem Regierungsrat die Kompetenz, Personen ohne Schweizer Bürgerrecht in den Schuldienst einzustellen. Dies gilt auch für die kommunalen Schulen, für deren Stellenbesetzung ansonsten die Gemeinden zuständig sind.

4.2 Polizeidienst

Im Grossteil der Kantone (19) können nur Personen mit Schweizer Bürgerrecht als Polizeibeamter oder Polizeibeamtin in den Polizeidienst aufgenommen werden. Dies ist der Fall in AG, AR, BE, BL, FR, GL, GR, LU, NW, OW, SG, SH, SO, TG, TI, VD, VS, ZH und ZG. In den Kantonen BS, GE, JU und SZ haben Ausländer und Ausländerinnen unter gewissen Einschränkungen Zugang zum kantonalen Polizeidienst.

Im Kanton Jura sind Nicht-Schweizer gemäss Polizeigesetz zum Polizeidienst zugelassen, unter der Voraussetzung, dass sie in der Schweiz niedergelassen sind.

Basel-Stadt ermöglicht Ausländerinnen und Ausländern die Aufnahme in den Polizeidienst, sofern sie die «nötige Beziehungsnähe» aufweisen. In der Praxis ist dies für Personen möglich, die über eine Niederlassungsbewilligung verfügen, seit 5 bis 10 Jahren im Kanton wohnhaft sind, die Ortssprache sprechen, Kenntnisse der Quartiere haben und integriert sind.

Im Kanton Schwyz können Nicht-Schweizer seit 2001 die polizeiliche Ausbildung absolvieren, falls sie «assimiliert» sind. Bis 2006 wurde ein ausländischer Bewerber zur Ausbildung zugelassen.

In Neuenburg sind seit dem 1. September 2007 auch Niedergelassene, die seit mindestens fünf Jahren im Kanton leben, zugelassen.

In Genf können sich ausländische Kandidaten an der Polizeischule bewerben. Sie müssen aber vor Abschluss der Ausbildung eingebürgert sein.

4.3 Richterliche Behörden

Freiburg dürfte der einzige Kanton sein, in dem künftig auch qualifizierte Personen ohne Schweizer Pass generell Zugang zu den richterlichen Behördenstellen erhalten. Die neue Verfassung erlaubt dies, indem als Wahlvoraussetzung das Stimmrecht auf kommunaler Ebene genannt wird. Das entsprechend revidierte Gesetz über die Wahl von Richterinnen und Richtern ist in der parlamentarischen Beratung. In 21 Kantonen gilt das Schweizer Bürgerrecht als Voraussetzung zur Wahl in ein Richteramt.

Ausländerinnen und Ausländer haben hingegen Zugang zu bestimmten richterlichen Instanzen in den Kantonen GE, NE und TG. So sind sie im Kanton Genf in die Arbeitsgerichte, Jugendgerichte, Mietgerichte und kantonalen Sozialversicherungsgerichte wählbar, in die drei letzteren jedoch nur als beisitzende Richter. In alle anderen richterlichen Behörden sind hingegen nur Schweizerinnen und Schweizer wählbar. Ähnlich sind in Neuenburg Ausländer und Ausländerinnen wählbar in die Arbeitsgerichte, Mietgerichte und Vormundschaftsbehörden (nur beisitzende Richter und Ersatzrichter). Zudem sind sie als Geschworene wählbar. Für den Kanton Thurgau gilt, dass die Organe der Bezirksgerichte vom Volk gewählt werden und daher Ausländer keinen Zugang zu diesen Behörden haben. Hingegen werden die übrigen richterlichen Organe (z.B. Obergericht, Verwaltungsgericht und Anklagkammer) nicht vom Volk gewählt und sind von daher für alle offen.

5. Vernehmlassung

Zu jeder Vernehmlassung eines Gesetzesentwurfes laden die kantonalen Behörden eine Anzahl Organisationen und Verwaltungseinheiten zur Stellungnahme ein. Generell ist die Partizipation am Vernehmlassungsverfahren vom Schweizer Bürgerrecht unabhängig. Wie stark Ausländerinnen und Ausländer, bzw. Ausländerorganisationen an solchen Vernehmlassungen teilnehmen, ist je nach Kanton und Thema sehr unterschiedlich. In den meisten Kantonen können Einzelpersonen und Organisationen ihr Interesse für eine Teilnahme anmelden. In den Kantonsportraits sind entsprechende Hinweise zu finden.

6. Konsultative Organe im Integrationsbereich

21 Kantone (AG, AR, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, NE, LU, OW, SG, SH, SO, TG, TI, VD, VS, ZG und ZH) haben auf kantonaler Ebene eine konsultative Kommission oder ein ähnliches Organ geschaffen, das sich mit Ausländer- und Integrationsfragen befasst.

Beim Grossteil, nämlich in 17 Kantonen, handelt es sich um eine ständige Kommission. Spezialfälle bilden die Koordinationsgruppe des Kantons Obwalden, deren Mitglieder jeweils ad hoc zusammengestellt werden, und der Dachverband im Kanton St.Gallen. Des Weiteren zeigt sich, dass bei der grossen Mehrheit (15) der Organe die Mitglieder sich sowohl aus der Verwaltung wie aus der Zivilgesellschaft rekrutieren. Hingegen haben vier Kantone konsultative Organe geschaffen, welche nur Verwaltungsangehörige als Mitglieder aufweisen. Ein rein verwaltungsexternes Organ wurde im Kanton St.Gallen eingesetzt.

In den Kantonen BL, BS, JU, NE, LU, VD und ZH bestehen die konsultativen Organe bereits seit über fünf Jahren. Im Kanton Zürich existiert seit 1982 eine Bildungskommission zu Integrationsfragen, und im Kanton Jura gibt es seit 1984 eine Integrationskommission. Die Organe und Kommissionen der übrigen Kantone wurden alle in den letzten 5 Jahren gegründet.

La participation des étrangers dans les cantons

1. Introduction

Où les étrangers peuvent-ils se rendre aux urnes dans notre pays? Où y a-t-il une présidente de municipalité qui n'a pas de passeport suisse? Quelle police cantonale emploie des étrangers? Quelle magistrature cantonale n'exige pas que le juge ait la nationalité suisse pour exercer ses fonctions? Quel canton dispose d'une loi sur l'intégration et lequel dispose d'une charte sur l'intégration? Comment les organisations des étrangers peuvent-elles participer à la procédure de consultation?

En raison du système fédératif de notre pays, il est assez difficile de répondre à ces questions ou à des questions analogues concernant les possibilités de coopération et de codécision des étrangers. A la demande de la Commission fédérale des étrangers CFE², l'Institut d'anthropologie sociale de l'Université de Berne a réalisé en 2006 un inventaire détaillé des possibilités de participation formelle des étrangers et de l'ancrage de la politique d'intégration au niveau légal dans les cantons. L'aperçu suivant concernant la participation structurelle dans les cantons se fonde sur les enquêtes effectuées par l'Institut d'anthropologie sociale de l'Université de Berne. Cette étude a été dirigée par Hans-Rudolf Wicker. Brigitte Arn, Andrea Gian Mordasini et Martin Beyeler y ont participé.

Les derniers compléments apportés à cette étude datent de décembre 2010.

2. Bases de la politique d'intégration des cantons

Dans dix cantons, à savoir BL, BS, FR, GL, JU, NE, SG, SO, VD et ZH, la Constitution cantonale contient un article sur l'intégration des étrangers.

Les cantons de Genève, Neuchâtel et Vaud disposent d'une loi cantonale sur l'intégration. Dans les cantons de Bâle-Campagne et de Bâle-Ville, le Parlement a adopté une nouvelle loi sur l'intégration, mais ces deux lois ne sont pas encore entrées en vigueur. Les cantons d'Argovie, du Jura, du Tessin et du Valais régissent la tâche du canton relative à l'intégration par un article contenu dans une loi.

Les cantons de BL, FR, GE, GR, JU et VS régissent en outre — dans le cadre d'ordonnances — les tâches et les compétences des autorités ainsi que la mise à disposition des subventions. Le canton des Grisons se réfère directement à la législation de la Confédération. Le canton de Zoug règle les tâches étatiques et les compétences en matière d'intégration par voie d'ordonnance relative à la Commission d'intégration. Quant au canton du Tessin, les tâches en matière d'intégration et la composition de la Commission de l'intégration sont régies par un propre règlement de commission.

Huit cantons, à savoir AG, BS, LU, OW, SH, SO, TI et VS possèdent une charte cantonale sur l'intégration. A Berne et à Fribourg, une telle charte est en voie d'élaboration. Dans le canton de Schwyz, le rapport sur l'intégration existant sert de base décisionnelle au gouvernement en vue de créer une charte et/ou d'instituer des bases légales.

² Dès le 01.01.2008 Commission fédérale pour les questions de migration CFM

3. Droit de vote et droit d'éligibilité

Les dispositions constitutionnelles (article 39, 1er alinéa) laissent aux cantons le droit de légiférer sur les droits politiques dans leur souveraineté. Ainsi, les cantons sont libres de faire participer les étrangers aux processus décisionnels pour les affaires politiques cantonales et communales. Sept cantons, à savoir JU, NE, VD, FR, GE, AR et GR, font usage de cette possibilité mais dans une mesure qui diffère d'un canton à l'autre.

Il convient aussi de faire la distinction entre le droit de vote (c'est-à-dire le droit de voter et d'élire des personnes) et le droit d'éligibilité (c'est-à-dire celui d'être élu).

Lorsque les cantons accordent le droit de vote aux étrangers dans les affaires communales, ils peuvent procéder de plusieurs manières: soit ils décident que toutes les communes du canton doivent permettre aux étrangers de participer aux votations et élections communales, soit ils laissent le soin aux communes de décider si elles veulent conférer ces droits aux ressortissants étrangers habitant dans leur commune.

Partout la faculté d'exercer des droits politiques est liée à des exigences: par exemple, les étrangers doivent avoir résidé en Suisse et dans le canton pendant une durée minimale, puis avoir un statut de séjour (en règle générale un permis d'établissement). On trouvera ci-après dans les portraits consacrés aux cantons les différentes exigences selon le canton.

3.1 Droit de vote au niveau cantonal

Il n'y a actuellement que deux cantons – le canton du Jura et le canton de Neuchâtel – qui octroient le droit de vote dans les affaires politiques cantonales. Toutefois, dans ces deux cantons, l'éligibilité à l'échelon cantonal est restreinte aux personnes de nationalité helvétique. Le 17 juin 2007, dans le canton de Neuchâtel, le Souverain a clairement rejeté dans une votation populaire l'éligibilité des étrangers au niveau cantonal (le même jour, l'éligibilité a été acceptée à l'échelon communal).

Dans le canton du Jura, les ressortissants étrangers qui résident depuis au moins dix ans dans le canton ont le droit de vote. Leur inscription au registre électoral se fait d'office. Dans le canton de Neuchâtel, un séjour de cinq ans est suffisant pour avoir le droit de vote. Là aussi l'inscription au registre électoral se fait d'office. Alors que le canton de Neuchâtel a introduit le droit de vote cantonal en faveur des ressortissants étrangers en 2001, le canton du Jura connaît ce droit depuis sa création en 1979.

Dans les 24 autres cantons, les étrangers sont exclus du droit de vote au niveau cantonal.

3.2 Droit de vote au niveau communal

Cinq cantons, à savoir NE, JU, VD, FR, GE ont introduit le droit de vote aux étrangers dans les affaires politiques communales. Cette règle s'applique à toutes les communes des cantons précités. Appenzell Rhodes extérieures et le canton des Grisons laissent à leurs communes la compétence de conférer le droit de vote à leurs habitants n'ayant pas la nationalité suisse. Les communes peuvent ainsi déterminer de manière autonome dans quelle ampleur elles souhaitent accorder des droits politiques aux étrangers.

Le canton de Bâle-Ville est un cas particulier, puisqu'il n'est composé que de trois communes, à savoir la ville de Bâle ainsi que les deux communes de Riehen et de Bettingen. La nouvelle Constitution bâloise, entrée en vigueur le 13 juillet 2006, permet aux communes de Riehen et de Bettingen, dans le cadre de leur autonomie, d'élargir le droit de vote aux étrangers habitant leur commune pour les affaires politiques communales. Etant donné que la municipalité de la Ville de Bâle ne possède pas d'organe législatif, il n'a pas été possible de prévoir une réglementation analogue pour la Ville de Bâle.

Sur les cinq cantons qui ont introduit d'une manière générale le droit de vote des ressortissants étrangers à l'échelon communal, les cantons de Fribourg et de Vaud – et depuis 2007 le canton de Neu-

châtel également – confèrent un droit intégral aux ressortissants étrangers, c'est-à-dire que les ressortissants étrangers sont également éligibles dans la commune. En revanche, dans le canton de Genève, les ressortissants étrangers sont exclus du droit d'éligibilité. En 2005, l'initiative déposée pour octroyer aux ressortissants étrangers le droit de vote avait certes été acceptée, mais l'introduction de l'éligibilité avait été rejetée.

Depuis sa création, le canton du Jura fait participer sa population étrangère aux affaires politiques communales. Cependant ce canton n'admet l'éligibilité des étrangers qu'au sein des Parlements communaux et à condition que la commune concernée ait effectué une modification législative dans ce sens. En juin 2007, le Peuple jurassien a refusé à une très faible majorité l'introduction de l'éligibilité générale des ressortissants étrangers au niveau communal.

Les personnes étrangères ayant le droit de vote dans les cantons d'AR, de FR, GE, JU, NE et VD sont inscrites d'office dans le registre électoral. Le canton des Grisons laisse le soin aux communes de déterminer si elles veulent inscrire d'office ou seulement sur demande les ressortissants étrangers ayant le droit de vote au registre électoral.

C'est en 1849 déjà que le canton de Neuchâtel a introduit le droit de vote au plan communal. Le canton du Jura a suivi cette ligne dès 1979 (lors de sa création). Le canton d'Appenzell Rhodes extérieures a octroyé les droits politiques aux étrangers en 1985, les Grisons et Vaud en 2004 et Fribourg en 2006, tous dans le cadre d'une révision constitutionnelle. Ce n'est que dans le canton de Genève que cette démarche est intervenue par votation à la suite d'une initiative populaire.

Dans sept cantons, à savoir AG, BS, SG, SH, SO, LU et VS, les efforts entrepris ces dernières années en vue d'introduire le droit de vote pour les étrangers au plan communal ont finalement échoué. Dans les cantons de Berne et Zurich, les discussions à ce sujet sont encore en cours.

4. Accès aux postes de travail de l'administration

L'exercice des droits politiques est certes la forme la plus forte en matière de participation à la vie de la communauté, mais l'accès aux places de travail dans l'administration contribue aussi, dans une certaine mesure, à la codécision. Il est très difficile d'avoir un panorama des cantons où les étrangers peuvent être fonctionnaires, membres d'une magistrature ou d'une commission, employés d'administration, enseignants ou agents de police. Ceci est dû d'une part au flou dans l'utilisation des définitions. Ainsi, ni la commission ni l'autorité ne sont des notions clairement définies. D'autre part, les législations cantonales diffèrent fortement d'un canton à l'autre. Tandis que, dans un canton, les conditions d'engagement sont très claires et prescrivent que le candidat doit posséder la nationalité suisse, dans d'autres cette question n'est pas du tout réglée. Le spectre s'étend du canton de Neuchâtel, pour qui tous les postes de l'administration sont ouverts indépendamment de la nationalité (les exceptions où la nationalité suisse est requise sont clairement mentionnées dans une réglementation), au canton d'Uri, qui dispose par tradition d'une législation extrêmement sommaire comportant de nombreuses restrictions à l'accès aux postes de travail, soit parce qu'il n'existe pas de codification, soit parce que les restrictions sont seulement implicites.

Les portraits des cantons présentés plus loin se limitent aux indications sûres.

Dans presque tous les cantons, les personnes qui n'ont pas la nationalité suisse ont accès aux postes de travail de l'administration cantonale. Il n'y a que dans le canton du Tessin qu'il existe de vastes clauses d'exclusion. Ainsi, selon les bases légales tessinoises, les postes de fonctionnaires («Nominati») et d'employés de l'Etat, d'ouvriers des exploitations étatiques ainsi que de directeurs, de sous-directeurs et d'enseignants des écoles cantonales et communales sont exclusivement accessibles aux personnes ayant la nationalité suisse. Le Conseil d'Etat décide des exceptions possibles.

Dans cinq cantons, les conditions cadre légales prévoient la possibilité d'une exclusion, mais celle-ci n'est cependant guère appliquée dans la pratique. Ainsi, aux termes des dispositions légales sur les conditions de travail de droit public, à Nidwald il peut exister une exclusion des étrangers dans des cas dûment motivés, mais aucun exemple d'application d'une pareille clause restrictive n'est connu. Vaud peut prévoir certaines exigences supplémentaires en rapport avec la nationalité suisse pour l'exercice de certaines fonctions. Dans le canton de Schaffhouse également, le Conseil d'Etat peut, pour certaines raisons, désigner des fonctions pour l'exercice desquelles le droit de cité helvétique est

exigé. Mais une telle réglementation n'est appliquée que pour la Police cantonale. En Valais, l'exclusion des étrangers est prévue, mais dans la pratique il n'existe aucun cas. En effet, la loi implique la nationalité suisse pour les fonctionnaires et employés cantonaux, de même pour les fonctionnaires de la police cantonale, mais elle admet en même temps des exceptions et des dérogations à ces dispositions. Dans le canton d'Uri, les postes de travail administratifs sont accessibles à tous d'une manière générale; il n'existe pas de clauses d'exclusion explicites dans les dispositions légales. En pratique, cependant, les postes de cadres supérieurs dans l'administration sont réservés aux Suisses.

Les cantons de Bâle-Ville et Neuchâtel établissent des listes des postes nécessitant la nationalité suisse.

4.1 Ecole

Les postes d'enseignants sont en règle générale accessibles aux étrangers, à l'exception toute-fois du Tessin. Dans ce canton, les enseignants étrangers ne peuvent pas être nommés dans les écoles cantonales ou communales. Mais comme pour les autres employés cantonaux, il est une pratique selon laquelle, en cas de besoin ou en vue d'augmenter le nombre de personnes disposant d'une qualification très élevée, il est possible de nommer des personnes n'ayant pas la nationalité suisse. C'est alors en principe au Conseil d'Etat que revient la compétence de nommer des ressortissants étrangers en tant qu'enseignants. Cette règle s'applique aussi aux écoles communales, dont les postes d'enseignants à repourvoir relèvent de la compétence des autorités communales.

4.2 Service de police

Dans la majorité des cantons (19) seules des personnes ayant la nationalité suisse peuvent devenir fonctionnaires de police. C'est le cas dans les cantons suivants : AG, AR, BE, BL, FR, GL, GR, LU, NW, OW, SG, SH, SO, TG, TI, VD, VS, ZH et ZG. Dans les cantons de BS, GE, JU, NE et SZ, les étrangers peuvent accéder au service de la Police cantonale sous certaines conditions.

Dans les cantons JU et NE, aux termes des dispositions de la loi cantonale sur la police, les non-Suisses peuvent être admis au service de la police à condition d'être établis en Suisse.

Le canton de Bâle-Ville accepte les étrangers dans le service de la police dans la mesure où ils ont «la proximité relationnelle nécessaire». En pratique, un emploi dans la police est possible lorsque le ressortissant étranger est titulaire d'un permis d'établissement, qu'il habite le canton depuis 5 à 10 ans, parle la langue locale, a de bonnes connaissances des quartiers et est intégré.

Dans le canton de Schwyz, les ressortissants étrangers peuvent accomplir une formation policière depuis 2001, mais seulement s'ils sont «assimilés». Jusqu'en 2006, un seul candidat étranger a été admis à la formation.

Dans le canton de Genève, les candidats étrangers peuvent être admis à l'école de police. Mais ils doivent être naturalisés encore avant la fin de leur formation.

4.3 Autorités judiciaires

Fribourg devrait être le seul canton dans lequel des personnes qualifiées peuvent avoir accès de manière générale à des postes de magistrature sans être forcément de nationalité suisse. La nouvelle Constitution le permet et indique qu'un candidat peut être nommé à condition toutefois qu'il ait le droit de vote communal. La loi relative à la nomination de juges – qui se trouve en révision – est encore en délibération parlementaire. Dans 21 cantons, il faut posséder la nationalité suisse pour pouvoir être nommé à des fonctions de juge.

En revanche, les étrangers ont accès à certaines instances judiciaires dans les cantons de GE, NE et TG. Ainsi, ils sont éligibles dans le canton de Genève au tribunal des prud'hommes, au tribunal des mineurs, à l'Office cantonal de conciliation en matière de baux à loyer et au tribunal en matière d'assurances sociales; toutefois, pour ces trois dernières instances, les étrangers ne peuvent être

nommés qu'à titre de juges assesseurs. Pour toutes les autres instances officielles judiciaires en revanche, seuls des ressortissants suisses peuvent être nommés. La situation est comparable dans le canton de Neuchâtel: les ressortissants étrangers peuvent être nommés au tribunal des prud'hommes, aux Offices de conciliation en matière de baux à loyer, aux autorités tutélaires (mais seulement à titre de juge assesseur ou juge suppléant). En outre, ils sont éligibles à titre de jurés. Enfin, dans le canton de Thurgovie, les organes des tribunaux de district sont élus par le Peuple et les étrangers n'ont dès lors pas accès à ces instances. En revanche, ils ont accès à tous les postes dont les instances ne sont pas élues par le Peuple (Tribunal de deuxième instance, Tribunal administratif et Chambre d'accusation).

5. Procédure de consultation

Les projets de lois cantonales sont soumis à une procédure de consultation et les autorités cantonales compétentes invitent un certain nombre d'organisations et d'unités administratives à se prononcer à leur sujet. En général, la participation à la procédure de consultation est tributaire de la nationalité suisse. Les étrangers domiciliés en Suisse, respectivement les organisations étrangères peuvent y participer, mais la pratique diffère considérablement d'un canton à l'autre et selon les thèmes abordés. Dans la plupart des cantons, les particuliers et les organisations peuvent annoncer leur intérêt aux autorités cantonales compétentes. On trouvera des indications particulières à ce sujet dans les portraits des cantons.

6. Organes consultatifs dans le domaine de l'intégration

21 cantons (AG, AR, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, NE, LU, OW, SG, SH, SO, TG, TI, VD, VS, ZG et ZH) ont érigé sur le plan cantonal une commission consultative ou un organe similaire qui se penche sur les questions liées aux étrangers et à l'intégration.

Dans une grande majorité de ces cantons (17) il s'agit d'une commission permanente. Le groupe de coordination du canton d'Obwald, dont les membres se constituent à chaque fois de manière ad hoc, et l'association faîtière du canton de St-Gall sont ici des cas spéciaux. Par ailleurs, dans une grande majorité des organes (15), les membres se recrutent tant parmi les représentants de l'administration que de la société civile. En revanche, quatre cantons ont institué des organes consultatifs dans lesquels seuls siègent des membres de l'administration. Par contre, le canton de St-Gall a commis un organe purement externe à l'administration pour accomplir ces tâches.

Dans les cantons de BL, BS, JU, NE, LU, VD et ZH, ces organes consultatifs existent déjà depuis plus de cinq ans. Dans le canton du Zurich, la Commission de formation pour les questions d'intégration existe depuis 1982 et dans le canton du Jura, une Commission de l'intégration est constituée depuis 1984. Dans les autres cantons, les organes et commissions ont tous été institués au cours de ces cinq dernières années.

Die Situation in den einzelnen Kantonen

La situation dans chaque canton

ZÜRICH

Grundlagen der Integrationspolitik

Die Integrationspolitik stützt sich auf den Integrationsartikel (Art. 114) der Kantonsverfassung vom 27. Februar 2005.

Die Integrationsverordnung von 2006 regelt die Aufgaben der Fachstelle für Integrationsfragen und der Kommission für Integrationsfragen.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

Zugang zur Verwaltung

Gemäss Personalgesetz (Art. 11 Abs. 2) bezeichnet der Regierungsrat die Funktionen, die Inhabern des Schweizer Bürgerrechts vorbehalten sind. Das Bürgerrecht ist erforderlich für Stellen mit hoheitlichen Befugnissen, wobei Ausnahmen möglich sind.

Die übrigen Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen Ausländerinnen und Ausländern offen.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind die Stellen als **Lehrpersonen**.

Vom **Polizeidienst** und von **richterlichen Behörden** sind sie ausgeschlossen, wobei eigentlich für die Einzelrichter und die Staatsanwaltschaft kein Schweizer Bürgerrecht verlangt wird (keine Volkswahl).

Vernehmlassung

Das Generalsekretariat der Direktion der Justiz und des Innern führt Adressatenlisten. Diese umfasst die kantonalen Direktionen, politische Parteien, Gerichte, Gemeinden, Kirche, Verbände, Vereine u.a. Es handelt sich um eine tendenziell «geschlossene» Liste. Interessierte Kreise können die Aufnahme in die Liste beantragen.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Kommission für Integrationsfragen (geplant).

Besonderheiten

Ausländerinnen und Ausländer können in den Subkommissionen der Schulbehörden Einsitz nehmen, haben aber keine abschliessende Entscheidkompetenz.

BERN

Grundlagen der Integrationspolitik

Es sind keine rechtlichen Grundlagen zur Integrationspolitik vorhanden.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

2010 wurde die Initiative zur Einführung des Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene abgelehnt. Bereits im Jahr 2007 lehnt das Kantonsparlament zwei Vorstösse zur Einführung des Ausländerstimmrechts auf Gemeindeebene ab.

Zugang zur Verwaltung

Die Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen allen offen.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind auch die Stellen als **Lehrpersonen**.

Vom **Polizeidienst** sind sie grundsätzlich ausgeschlossen. Laut Gesetz über die Kantonspolizei kann der Regierungsrat jedoch Ausnahmen von der Bürgerrechtsvoraussetzung vorsehen.

Ausländerinnen und Ausländer sind von **richterlichen Behörden** ausgeschlossen. Ausnahmen gibt es keine, so gilt auch für die Beisitzer der Arbeits- und Mietgerichte die Bürgerrechtspflicht.

Vernehmlassung

Im Kanton Bern wird das Vernehmlassungsverfahren durch Verordnung geregelt. Darin ist festgehalten, wer in die von der Staatskanzlei geführte Liste aufgenommen wird (Art. 16). Dabei handelt es sich um kantonale Behörden, Gemeinden, Kirchen, Parteien und Organisationen. Gesuche um Aufnahme in die Liste für sämtliche Vernehmlassungsverfahren sind an die Staatskanzlei zu richten.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Kantonale Kommission für die Integration der ausländischen Bevölkerung (ab September 2007).

Zusammensetzung: verwaltungsextern und -intern.

LUZERN

Grundlagen der Integrationspolitik

Es sind keine rechtlichen Grundlagen zur Integrationspolitik vorhanden.

Es existiert ein Leitbild: «Bericht und Leitbild des Regierungsrates für Ausländer- und Integrationspolitik des Kantons Luzern» vom 4. Januar 2000.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

Im Rahmen der Verfassungsrevision wurde 2006 das kommunale Stimm- und Wahlrecht diskutiert, aber schliesslich nicht berücksichtigt.

Zugang zur Verwaltung

Die Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen allen offen. Für die Ausübung hoheitlicher Funktionen ist in der Regel das Schweizer Bürgerrecht erforderlich.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind auch die Stellen als **Lehrpersonen**.

Vom **Polizeidienst** und von **richterlichen Behörden** sind sie ausgeschlossen.

Vernehmlassung

Jedes Departement führt je nach Sach- und Rechtsgebiet eigene Listen mit Vernehmlassungsadressaten. Über die Teilnahme an der Vernehmlassung entscheiden die einzelnen Departemente.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Kommission für Ausländer- und Integrationspolitik.

Zusammensetzung: verwaltungsintern und -extern.

URI

Grundlagen der Integrationspolitik

Es sind keine rechtlichen Grundlagen zur Integrationspolitik vorhanden.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

Zugang zur Verwaltung

Die Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen Ausländerinnen und Ausländern offen. Ausgenommen davon sind die oberen Kader.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind die Stellen als **Lehrpersonen**.

Vom **Polizeidienst** und von **richterlichen Behörden** sind sie ausgeschlossen.

Vernehmlassung

Die Standeskanzlei führt eine Liste mit Vernehmlassungsadressaten. Auf dieser befinden sich politische Parteien, Gemeinden und Verbände. Wer an Vernehmlassungen teilnehmen will, kann sich bei der Standeskanzlei melden.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Keine.

Besonderheiten

Die Gesetzgebung der Kantons Uri beschränkt sich auf die Regelung einiger Prinzipien (geringe Normendichte) und die allermeisten Fragen werden der Praxis überlassen. Somit stützt sich vieles auf ungeschriebenen Brauch, was dazu führt, dass gegenüber Ausländerinnen und Ausländern viele Belange restriktiv gehandhabt werden, obwohl eine entsprechende gesetzliche Basis gar nicht vorhanden ist.

SCHWYZ

Grundlagen der Integrationspolitik

Es sind keine rechtlichen Grundlagen zur Integrationspolitik vorhanden.

Die Regierung hat 2006 einen Integrationsbericht vorgelegt.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

Zugang zur Verwaltung

Die Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen grundsätzlich allen offen. Zumindest ist nirgends das Schweizer Bürgerrecht explizit als Wählbarkeitsvoraussetzung vermerkt. Dies gilt auch für einen Teil der **Gerichtsbehörden** (allerdings nicht für die erste Instanz).

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind die Stellen als **Lehrpersonen**.

Seit 2001 haben Ausländerinnen und Ausländer Zugang zur **Polizeischule**, wenn sie «assimiliert» sind. In der Praxis bedeutet dies: Personen, die in der Schweiz aufgewachsen und zur Schule gegangen sind.

Vernehmlassung

Es werden keine Adressatenlisten geführt. Jedes Verfahren wird mittels Medienmitteilung bekannt gemacht, Interessierte können bei den Behörden anfragen, um sich registrieren zu lassen.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Kantonale Integrationskommission (geplant).

Besonderheiten

Personen mit Niederlassungsausweis sind in die kommunalen Fürsorgebehörden wählbar.

OBWALDEN

Grundlagen der Integrationspolitik

Es sind keine rechtlichen Grundlagen zur Integrationspolitik vorhanden.

Im Leitbild «Alle anders – alle gleich» von 2001 werden Massnahmen (was der Kanton selber durchsetzen kann) und Empfehlungen (für Bereiche ohne kant. Zuständigkeiten, in denen zivilgesellschaftliche Akteure aufgefordert sind aktiv zu werden) aufgeführt.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

Zugang zur Verwaltung

Die Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen grundsätzlich allen offen. Es ist aber möglich, je nach Stelle das Schweizer Bürgerrecht zu verlangen.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind auch die Stellen als **Lehrpersonen**.

Vom **Polizeidienst** und von **richterlichen Behörden** sind sie ausgeschlossen.

Vernehmlassung

Die Staatskanzlei führt eine Adressatenliste. Vorschläge zur Aufnahme in die Liste erfolgen aus der Verwaltung (Departemente), vereinzelt melden sich auch Interessierte selbst.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Koordinationsgruppe Ausländer- und Integrationspolitik

Verwaltungsinterne Ad-hoc-Gruppe.

NIDWALDEN

Grundlagen der Integrationspolitik

Es sind keine rechtlichen Grundlagen zur Integrationspolitik vorhanden.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

Zugang zur Verwaltung

Die Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen grundsätzlich allen offen. Es ist aber möglich, je nach Stelle das Schweizer Bürgerrecht zu verlangen.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind auch die Stellen als **Lehrpersonen**.

Vom **Polizeidienst** und von **richterlichen Behörden** sind sie ausgeschlossen.

Vernehmlassung

Das Vernehmlassungsverfahren ist stark formalisiert: Gemeinden, Polizei, Parteien und Direktionen werden angeschrieben. Der Kanton führt die Adressatenliste und entscheidet über die Aufnahme in diese Liste, zeigt sich dabei aber eher restriktiv. Teilweise wird die externe Fachstelle FABIA als Vertreterin der Ausländer und Ausländerinnen um Stellungnahme gebeten.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Keine.

GLARUS

Grundlagen der Integrationspolitik

In der Kantonsverfassung ist festgehalten, dass der Kanton und die Gemeinden bei der «Eingliederung der Ausländer behilflich» sind (Art. 30). Dieser «Integrationsartikel» ist ein Verfassungsartikel von 1988.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

2010 hat die Landsgemeinde das Stimmrecht für Ausländer abgelehnt.

Zugang zur Verwaltung

Der Regierungsrat kann regeln, welche **Stellen** ausschliesslich durch Schweizer Bürgerinnen und Bürger zu besetzen sind, für welche Stellen die Niederlassung erforderlich ist und für welche nicht.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind die Stellen als **Lehrpersonen**.

Vom **Polizeidienst** sind sie ausgeschlossen.

Vernehmlassung

Die Bestimmung der zur Vernehmlassungen eingeladenen Personen und Organisationen richtet sich nicht nach fixen Listen. Vielmehr werden die Interessierten von Fall zu Fall bestimmt. Dies geschieht in der Regel durch die mit der Durchführung der Vernehmlassung beauftragte Verwaltungsbehörde, zumeist durch das betreffende Fachdepartement. Vernehmlassungsbeiträge, welche unaufgefordert eingereicht werden, werden ebenfalls entgegengenommen.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Kommission für Integration.

Ständige Kommission, dem Departement für Bildung und Kultur angegliedert. Zusammensetzung: verwaltungsintern.

ZUG

Grundlagen der Integrationspolitik

Verordnung über die Kommission für Integrationsfragen und gegen Rassismus« vom 8. August 2000.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

Zugang zur Verwaltung

Die Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen Ausländerinnen und Ausländern offen.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind die Stellen als **Lehrpersonen**.

Vom **Polizeidienst** und von **richterlichen Behörden** sind sie ausgeschlossen, wobei eigentlich für die Einzelrichter und die Staatsanwaltschaft kein Schweizer Bürgerrecht verlangt wird (keine Volkswahl).

Vernehmlassung

Das Vernehmlassungsverfahren ist nicht gesetzlich geregelt. Je nach Thema werden die interessierten Kreise zur Stellungnahme eingeladen. Das «Integrationsnetz» wird bei migrationsspezifischen Themen zur Stellungnahme eingeladen.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Kommission für Integrationsfragen und gegen Rassismus

Der Direktion des Innern zugeordnet. Zusammensetzung: verwaltungsintern und -extern.

FREIBURG

Grundlagen der Integrationspolitik

Die Integrationspolitik stützt sich auf den Integrationsartikel (Art. 69) der Kantonsverfassung vom 16. Mai 2004.

Die Verordnung vom 25. November 2003 regelt die Tätigkeit der Integrationskommission.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton: keine Ausländerstimmrecht.

Gemeinden: aktives und passives Stimm- und Wahlrecht.

Seit 2006 können Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene wählen, abstimmen und sich wählen lassen. Die Änderung erfolgte mit der neuen Kantonsverfassung.

Bedingung: Niederlassungsbewilligung und seit mindestens 5 Jahren Wohnsitz im Kanton.

Zugang zu Verwaltungsstellen

Die neue Kantonsverfassung erlaubt es, Ausländerinnen und Ausländer in **richterliche Behörden** wählen zu lassen, wenn sie die Bedingungen für das Gemeindestimmrecht erfüllen. Die entsprechende Gesetzesrevision ist im Gang.

Die Stellen der **kantonalen Verwaltung** stehen den Ausländerinnen und Ausländern offen. Dies gilt auch für die **Lehrkräfte**.

Vom **Polizeidienst** sind sie ausgeschlossen.

Vernehmlassung

Gemäss Reglement verwaltet die Staatskanzlei ein Verzeichnis der Adressaten. Über die Öffnung des Verfahrens für neue Adressaten entscheidet laut Staatskanzlei der Regierungsrat. Das Verfahren ist soweit offen, als sich Interessierte zur Teilnahme anmelden können.

In ausländerrechtlich relevanten Fragen wird nur der Integrationsdelegierte konsultiert.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Kommission für die Integration der Migrantinnen und Migranten und gegen Rassismus.

Zusammensetzung: verwaltungsintern und -extern. Dem Departement für Justiz und Sicherheit zugeordnet.

FRIBOURG

Base de la politique en matière d'intégration

La politique de l'intégration se fonde sur l'article consacré à l'intégration (article 69) de la Constitution cantonale du 16 mai 2004.

L'ordonnance du 25 novembre 2003 règle l'activité de la Commission de l'intégration.

Droit de vote et droit d'éligibilité

Canton: Pas de droit de vote pour les étrangers

Communes: Droit de vote et droit d'éligibilité

Depuis 2006, les ressortissants étrangers peuvent voter, élire et être élus sur le plan communal. Cette modification est intervenue par l'adoption de la nouvelle Constitution du canton de Fribourg.

Conditions: Permis d'établissement et domicile légal dans le canton depuis au moins 5 ans.

Accès aux postes de l'administration

La nouvelle Constitution cantonale autorise les étrangers à être nommés à des **fonctions judiciaires** pour autant qu'ils remplissent les conditions posées par les dispositions électorales communales. La loi spécifique en la matière est en voie de révision.

Les postes de l'**administration** cantonale sont également accessibles aux ressortissants étrangers. Il en va de même des **postes d'enseignants**.

Les étrangers ne sont pas admis au service de la **Police**.

Consultation

Aux termes des dispositions réglementaires, la Chancellerie d'Etat gère la liste des destinataires. Le Conseil d'Etat décide de l'extension de la procédure de consultation à de nouveaux destinataires. Toutefois la procédure est ouverte dans la mesure où des milieux intéressés ou des particuliers s'annoncent pour participer à la consultation.

Pour les questions significatives en matière de droit des étrangers, c'est principalement le Délégué à l'intégration qui est consulté.

Organes consultatif dans le domaine de l'intégration

Commission de l'intégration et de la lutte contre le racisme.

Cette commission est constituée de membres de l'administration et de particuliers externes. Elle est subordonnée à la Direction de la sécurité et de la justice.

SOLOTHURN

Grundlagen der Integrationspolitik

Im Themenbereich «Soziale Sicherheit» ist in der Kantonsverfassung von 1986 festgehalten (Art. 96), dass der Kanton und die Gemeinden in Zusammenarbeit mit privaten Organisationen Wohlfahrt und Eingliederung der Ausländer fördern.

Seit November 2005 liegt ein vom Regierungsrat genehmigtes «Leitbild Integration» vor. Dieses umreisst die Integrationspolitik des Kantons.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

In einer Volksabstimmung wurde 2005 die Einführung des Ausländerstimmrechts auf Gemeindeebene mit 60 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt.

Zugang zur Verwaltung

Die Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen grundsätzlich allen offen. Der Regierungsrat kann aus besonderen Gründen Funktionen bezeichnen, für welche das Schweizer Bürgerrecht erforderlich ist.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind die Stellen als **Lehrpersonen**.

Vom **Polizeidienst** und von **richterlichen Behörden** sind sie ausgeschlossen.

Vernehmlassung

Im Kanton Solothurn werden keine Listen geführt. Die Regierung bezeichnet jeweils die Adressaten und beauftragt das zuständige Departement mit der Durchführung der Vernehmlassung. Interessierte erhalten im Amtsblatt einen Hinweis, wo sie ihre Stellungnahme einreichen können.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Fachkommission Integration.

Zusammensetzung: verwaltungsextern und –intern

BASEL-STADT

Grundlagen der Integrationspolitik

In der neuen Verfassung von 2006 wird in § 15 Abs. 3 festgehalten, dass der Staat für Chancengleichheit einsteht und die kulturelle Vielfalt, die Integration und die Gleichberechtigung in der Bevölkerung fördert.

Das neue Integrationsgesetz wird 2008 in Kraft treten.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton: kein Ausländerstimmrecht

Eine Volksinitiative zur Einführung des kantonalen Ausländerstimmrechts sowie der Gegenvorschlag (nur aktives Ausländerstimmrecht) wurden 2010 abgelehnt.

Gemeinden: Die Gemeinden Bettingen und Riehen können ausländischen Mitbewohnern das Stimmrecht gewähren.

Die Einwohnergemeinden (Gemeinden Bettingen und Riehen) werden durch die neue Verfassung ermächtigt, das Stimmrecht auf Ausländer und Ausländerinnen auszudehnen (KV § 40 Abs. 2). Ein solcher Beschluss muss von der gemeindlichen Legislative gefasst werden. Da die Einwohnergemeinde der Stadt Basel keine eigenen Organe hat, ist eine solche kommunale Lösung in der Stadt Basel selbst nicht möglich.

Zugang zur Verwaltung

Laut Personalgesetz kann der Regierungsrat eine Liste mit Funktionen erstellen, für welche das Schweizer Bürgerrecht erforderlich ist. Dies gilt für Sachbearbeiter des Bürgerrechtsdienstes, für Funktionen des Militärs des Kanton, welche Disziplinargewalt gegenüber Angehörigen der Armee auszuüben haben, für besondere Funktionen des Bevölkerungsschutzes und für die Kantonsärztin.

Die übrigen Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen allen offen.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind auch die Stellen als **Lehrpersonen**.

Von **richterlichen Behörden** sind sie ausgeschlossen.

Ausländerinnen und Ausländer können zum **Polizeidienst** zugelassen werden, sofern sie die «nötige Beziehungsnähe» zum Gemeinwesen aufweisen. In der Praxis müssen sie niedergelassen und mit dem Kanton vertraut sein. Sie müssen Deutsch sprechen, 5-10 Jahre im Kanton wohnhaft sein, Kenntnis der Quartiere haben («Community Policing») und integriert sein.

Vernehmlassung

Im Kanton Basel-Stadt werden nur sehr wenige Vernehmlassungen durchgeführt. Dabei werden die interessierten Kreise auf einer individuellen Liste zusammengetragen. Wenn es um entsprechende Inhalte geht, werden Migranten-Organisationen eingeladen.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Kommission für Migrations- und Integrationsfragen. Verwaltungsunabhängige Fachkommission.

Besonderheiten

Das neue Integrationsgesetz entstand in enger Zusammenarbeit mit Baselland.

BASELLAND

Grundlagen der Integrationspolitik

Artikel 108 der Verfassung formuliert, dass Kanton und Gemeinden die Wohlfahrt und Eingliederung der Ausländerinnen und Ausländer in Zusammenarbeit mit privaten Organisationen fördern.

Im April 2007 verabschiedete das Kantonsparlament das Gesetz über die Einführung der Integrationsbestimmungen des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer, kurz Integrationsgesetz genannt.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

Zugang zur Verwaltung

Im Gesetz über die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist festgehalten, dass für die Ausübung **hoheitlicher Funktionen** das Schweizer Bürgerrecht erforderlich ist.

Die übrigen Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen allen offen.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind auch die Stellen als **Lehrpersonen**.

Vom **Polizeidienst** und von **richterlichen Behörden** sind sie ausgeschlossen.

Vernehmlassung

In Baselland wird keine einheitliche Liste mit Vernehmlassungsadressaten geführt. Die Direktionen sind jeweils zuständig für die Einladung, diese führen teils eine standardisierte Liste mit gewissen Behörden und Organisationen. Grundsätzlich werden jeweils direkt Betroffene einbezogen. Vorschläge für eine Einladung können an die betreffenden Direktionen direkt gestellt werden.

Migranten-Organisationen wurden beispielsweise bei der Vernehmlassung zum Entwurf des Integrationsgesetzes einbezogen.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Kommission für Integrationsfragen

Besonderheiten

Das neue Integrationsgesetz entstand in enger Zusammenarbeit mit Basel-Stadt.

SCHAFFHAUSEN

Grundlagen der Integrationspolitik

Es sind keine rechtlichen Grundlagen zur Integrationspolitik vorhanden.

Es existiert ein Leitbild: «Leitlinien für eine kohärente Integrationspolitik» vom September 2003. Es wurde gemeinsam vom Kanton und der Stadt Schaffhausen verabschiedet.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

Im Dezember 2010 wurden zwei Motionen zur Einführung des Ausländerstimmrechts abgelehnt.

Zugang zur Verwaltung

Die Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen grundsätzlich allen offen. Der Regierungsrat kann aus besonderen Gründen Funktionen bezeichnen, für welche das Schweizer Bürgerrecht erforderlich ist.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind die Stellen als **Lehrpersonen**.

Vom **Polizeidienst** und von **richterlichen Behörden** sind sie ausgeschlossen.

Vernehmlassung

Jedes Departement führt je nach Sach- und Rechtsgebiet eigene Listen mit Vernehmlassungsadressaten. Über die Teilnahme an der Vernehmlassung entscheiden die einzelnen Departemente. Migranten-Organisationen werden bei ausländerrechtlichen oder integrationsrelevanten Vorlagen zur Vernehmlassung eingeladen.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Forum für Migrationsfragen.

Zusammensetzung: verwaltungsextern und –intern

APPENZEL AUSSERRHODEN

Grundlagen der Integrationspolitik

Es sind keine rechtlichen Grundlagen zur Integrationspolitik vorhanden.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton: kein Ausländerstimmrecht

Gemeinden: Jede Gemeinde kann entscheiden, ob sie Ausländerinnen und Ausländern das aktive und passive Stimm- und Wahlrecht erteilen will.

Voraussetzung dafür sind laut Kantonsverfassung 10 Jahre Wohnsitz in der Schweiz und 5 Jahre im Kanton. Ausländische Personen, welche die politischen Rechte wahrnehmen wollen, müssen ein Begehren stellen.

Das Ausländerstimmrecht eingeführt haben: Wald (1999), Speicher (2002) und Trogen (2004).

Zugang zur Verwaltung

Die Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen allen offen.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind auch die Stellen als **Lehrpersonen**.

Vom **Polizeidienst** und von **richterlichen Behörden** sind sie ausgeschlossen.

Vernehmlassung

Es wird von Fall zu Fall entschieden, wer zur Vernehmlassung eingeladen wird. Bei Fragen, die ausländische Mitbewohner besonders betreffen, werden diese in die Vernehmlassung einbezogen.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Keine.

Besonderheiten

Eine Besonderheit des Kantons bildet die so genannte «Volksdiskussion» im Rahmen der Volksrechte (KV Art. 50). Dabei können alle im Kanton wohnhaften Personen mitmachen. Wenn z.B. ein neues Gesetz von der Regierung verabschiedet wurde und die Vernehmlassung erabgeschlossen ist, erfolgt eine erste Lesung im Kantonsrat. Dieser publiziert die Ergebnisse im Amtsblatt und lädt dann zur Volksdiskussion ein. Diese ist offen für alle Personen und wird teils sogar als Anhörung im Parlament durchgeführt. Die Resultate dieser Volksdiskussion fliessen in die zweite Lesung im Parlament ein.

APPENZELL INNERHODEN

Grundlagen der Integrationspolitik

Es sind keine rechtlichen Grundlagen zur Integrationspolitik vorhanden.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

Zugang zur Verwaltung

Die Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen Ausländerinnen und Ausländern offen. Ihr Anteil am Personal ist jedoch gering.

Offen für alle sind auch die Stellen als **Lehrpersonen**.

Obwohl in der Gesetzgebung keine expliziten Ausschlussklauseln für ausländische Bewerber zu finden sind, ist die Anstellungspraxis restriktiv: Zugang zum **Polizeikorps** und zu **richterlichen Behörden** sind Personen mit Schweizer Pass vorbehalten.

Vernehmlassung

Die Ratskanzlei führt eine Liste mit den Parteien, politischen Gruppierungen, Gemeinden etc. Interessierte können sich bei der Verwaltung, der Ratskanzlei oder der Regierung melden. Die Regierung entscheidet, ob sich der oder die Anfragende eignet, in die Liste aufgenommen zu werden.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Keine.

ST.GALLEN

Grundlagen der Integrationspolitik

Die Integrationspolitik stützt sich auf die Staatsziele in der kantonalen Verfassung vom 10. Juni 2001: Chancengleichheit (Art. 10 Abs. 1 lit. b) und soziale Integration (Art. 14 Abs. 1), sowie auf die Bundesverfassung vom 18. April 1999: Rechtsgleichheit (Art. 8) und Sozialziele (Art. 41).

Der Kanton verfügt über Dokumente und Strategien mit Leitbildcharakter:

- Bericht der Regierung «Interkulturelles Zusammenleben», verabschiedet vom Grossen Rat (Regierung) am 20. Februar 2001.
- Handlungsplattform vom 28. Februar 2006 (ersetzt jene vom 18. Dezember 2001, in der die Regierung ihr Engagement für die Integrationsarbeit bekräftigt). Grundlage der Plattform bildet der Bericht von 2001, die VintA sowie der Bericht der TAK von 2005 zu den rechtlichen Integrationshemmnissen.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

Zugang zur Verwaltung

Die Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen grundsätzlich allen offen. Es ist aber möglich, je nach Stelle das Schweizer Bürgerrecht zu verlangen.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind auch die Stellen als **Lehrpersonen**.

Vom **Polizeidienst** und von **richterlichen Behörden** sind sie ausgeschlossen.

Vernehmlassung

Es werden keine Listen mit Vernehmlassungsadressaten geführt. Die Regierung legt von Fall zu Fall fest, welche Gremien eingeladen werden. Vernehmlassungen werden in der Regel im Internet und im Amtsblatt bekannt gegeben, so dass sich alle Interessierten melden können.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Dachverband der Ausländerinnen und Ausländer.

Regelmässige Treffen mit der Regierung.

GRAUBÜNDEN

Grundlagen der Integrationspolitik

Der Abschnitt «Integrationsförderung» der 2003 total revidierten «Vollziehungsverordnung zur Ausländer- und Asylgesetzgebung des Bundes» (GVVZAAG) bildet die rechtliche Basis der Integrationsbemühungen. Darin werden das finanzielle Engagement im Rahmen von Integrationsprojekten und die Rahmenbedingungen der zugehörigen Prüfungskommission festgelegt (Art. 16a).

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton: kein Ausländerstimmrecht.

Gemeinden können ausländischen Mitbewohnern das aktive und passive Stimm- und Wahlrecht erteilen.

Die neue Kantonsverfassung von 2004 erlaubt es den Gemeinden zu bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen sie Ausländerinnen und Ausländern politische Rechte einräumen wollen.

In diesen Gemeinden wurde das Ausländerstimmrecht eingeführt: Bever, Bonaduz, Calfreisen, Cazis³, Conters, Fideris, Lünen, Masein und «Portein» (siehe Cazis). Abgelehnt haben hingegen bisher vier Gemeinden: Felsberg, Malans, Chur und «Tartar» (siehe Cazis).

Zugang zur Verwaltung

Die Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen allen offen.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind auch die Stellen als **Lehrpersonen**.

Vom **Polizeidienst** und von **richterlichen Behörden** sind sie ausgeschlossen.

Vernehmlassung

Laut Musterliste von Vernehmlassungsadressaten werden regelmässig Gemeinden, Regionalorganisationen, politische Parteien, Kantonale Gerichte und Departemente, kantonale Verbände und kantonale Sektionen schweizerischer Verbände und die Landeskirchen zur Stellungnahme eingeladen. Über Vernehmlassungen wird jedoch auch im kantonalen Amtsblatt orientiert. In der Folge ist es allen Personen und Vereinigungen möglich, an einer Vernehmlassung teilzunehmen. Die Unterlagen sind auch übers Internet abrufbar.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Integrationskommission.

Berät einmal jährlich über Integrationsprojekte. Zusammensetzung: vor allem verwaltungsintern.

³ Am 01.Jan.2010 fusionierten die Gemeinden Cazis, Portein, Präz, Sarn und Tartar zur Gemeinde Cazis. Damit wurde das Ausländerstimmrecht auch in den ehemaligen Gemeinden Präz, Sarn und Tartar eingeführt. Letztere Gemeinde lehnte in einem früheren Entscheid das Ausländerstimmrecht ab. Vor der Gemeindefusion hatten lediglich die Gemeinden Portein und Cazis das Ausländerstimmrecht eingeführt.

AARGAU

Grundlagen der Integrationspolitik

Seit 2007 enthält das Einführungsgesetz zum Ausländerrecht (EGAR) einen Integrationsartikel (Art. 3a).

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

Zugang zur Verwaltung

Die Wählbarkeit in **Beamtenstellen** verlangt nach dem Stimm- und Wahlrecht, ist also an das Schweizer Bürgerrecht gebunden. Beamtenstatus haben alle vom Volk oder vom Parlament auf Amtsdauer Gewählten.

Die Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen allen offen.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind auch die Stellen als **Lehrpersonen**.

Vom **Polizeidienst** und von **richterlichen Behörden** sind sie ausgeschlossen.

Vernehmlassung

Bei Vorlagen, die ausländische Mitbewohner unmittelbar betreffen, sollen diese in die Vernehmlassung einbezogen werden.

Wer seine Meinung bei einer Vernehmlassung einbringen will, kann dies mittels E-Mail an die Staatskanzlei tun, da die Anhörung gemäss Kantonsverfassung öffentlich ist.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Das revidierte Gesetz (EGAR) sieht die Einsetzung einer Migrationskommission vor.

THURGAU

Grundlagen der Integrationspolitik

Es sind keine rechtlichen Grundlagen zur Integrationspolitik vorhanden.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

Zugang zur Verwaltung

Gemäss § 20 der KV werden die Präsidenten, Mitglieder und Ersatzmitglieder der Bezirksgerichte vom Volk gewählt. Dabei gilt das Schweizer Bürgerrecht als Wahlvoraussetzung. Präsidien, Mitglieder und Ersatzmitglieder des **Obergerichtes** und des Verwaltungsgerichte sowie der Anklagekammer werden vom Grosse Rat gewählt. Die Schweizer Staatsangehörigkeit ist für diese Stellen keine Wahlvoraussetzung.

Die Stellen der kantonalen **Verwaltung** stehen grundsätzlich allen offen.

Offen für Ausländerinnen und Ausländer sind auch die Stellen als **Lehrpersonen**.

Vom **Polizeidienst** sind sie ausgeschlossen.

Vernehmlassung

Die Adressatenkreise für die Vernehmlassungen sind je nach Thema festgelegt. Vernehmlassungsverfahren werden aber auch im Internet veröffentlicht und stehen damit der Öffentlichkeit zur Einsicht offen.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Keine.

Besonderheiten

In § 19 der Kantonsverfassung und § 2 des Gesetzes über das Stimm- und Wahlrecht wird bestimmt, dass niedergelassene Ausländer und Ausländerinnen auf kommunaler Ebene beratend mitwirken können. Die Gemeinden können dies in der Gemeindeordnung vorsehen.

TICINO

Basi della politica d'integrazione

La base giuridica della politica dell'integrazione è costituita dall'art. 2 della «Legge di applicazione alla legislazione federale in materia di persone straniere » del 1998 e dal «Regolamento della Commissione cantonale per l'integrazione degli stranieri e la lotta contro il razzismo» del 2004.

Diritto di voto e di eleggibilità / Eleggibilità

Cantone e Comuni: Nessun diritto di voto per stranieri.

Accesso all'amministrazione

I posti di «nominati» e impiegati dello Stato, lavoratori delle imprese statali come pure direttori, vicedirettori e insegnanti delle scuole cantonali e comunali non sono aperti agli stranieri. Le eccezioni sono decise dal Consiglio di Stato.

L'assunzione di persone nell'insegnamento per le **scuole** comunali (docenti comunali) senza la nazionalità svizzera è di competenza del Consiglio di Stato.

Stranieri nel servizio di **polizia** e di altre **autorità giudiziarie** sono esclusi.

Procedura di consultazione

Esiste una lista tenuta dalla Cancelleria dello Stato e dalla Segreteria del Consiglio di Stato. Su questa lista sono indicati gli uffici, associazioni, Comuni e partiti politici. Chi è interessato può annunciarsi presso il Consiglio di Stato. Quest'ultimo decide di un'iscrizione nella lista.

Le organizzazioni di migranti sono invitate a prendere posizione su questioni che le interessano direttamente.

Organi consultivi nel contesto dell'integrazione

Commissione cantonale per l'integrazione degli stranieri e la lotta contro il razzismo.

Commissione permanente. Composizione: esterna all'amministrazione.

VAUD

Base de la politique en matière d'intégration

La politique d'intégration se fonde sur l'article 68 de la Constitution vaudoise du 14 avril 2003 et sur la loi sur l'intégration des étrangers et la prévention du racisme, du 23 janvier 2007.

Droit de vote et droit d'éligibilité

Canton: Pas de droit de vote pour les étrangers

Communes: droit de vote et droit d'éligibilité

En 2004, les Vaudois ont introduit le droit de vote et droit d'éligibilité en faveur des étrangers dans le cadre d'une modification des dispositions constitutionnelles.

Conditions: autorisation de séjour, être domicilié depuis 10 ans en Suisse et depuis au moins 3 ans dans le canton.

Accès aux postes de l'administration

Les postes dans l'**administration** cantonale sont par principe accessibles à tous les étrangers. Toutefois, pour certaines fonctions, la nationalité suisse peut être exigée.

Les postes de l'**enseignement** sont accessibles à toutes les personnes qui en sont qualifiées.

Les étrangers ne sont pas admis aux **fonctions judiciaires**, y compris aux postes de juge d'instruction et de juge de paix, de procureur et à la fonction de juré.

L'accès à l'**école de police** est exclusivement réservé aux ressortissants suisses.

Consultation

Chaque département compétent invite à chaque fois les destinataires consultés à se prononcer. En principe la Chambre Cantonale Consultative des Immigrés (CCCI) est invitée à se prononcer chaque fois qu'il s'agit de débattre de questions touchant les intérêts des étrangers.

Organes consultatif dans le domaine de l'intégration

Chambre Cantonale Consultative des Immigrés (CCCI).

Commission cantonale spéciale permanente. Composition: membres externes et internes à l'administration.

WALLIS

Grundlagen der Integrationspolitik

Die Integrationspolitik stützt sich auf die Art. 44 und Art. 36^{bis} des Einführungsgesetzes betreffend die Anwendung des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 1. Februar 1967. Beide Artikel sind in Kraft seit dem 01.01.2005.

Eine weitere rechtliche Grundlage ist die Verordnung über die Integration der Ausländer und die Bekämpfung des Rassismus vom 12. Januar 2005.

Das Leitbild «Integrationskonzept für Ausländer» vom September 2003 wurde am 3. Juni 2004 vom Regierungsrat genehmigt.

Stimm- und Wahlrecht / Wählbarkeit

Kanton und Gemeinden: kein Ausländerstimmrecht.

Zugang zu Verwaltungsstellen

Ein Teil der Stellen in der **kantonalen Verwaltung** (Beamte und Angestellte) ist nur für Personen mit Schweizer Bürgerrecht offen. Ausnahmen sind allerdings möglich. Die übrigen Stellen sind allen zugänglich.

Zum **Polizeidienst** werden nur Schweizer und Schweizerinnen zugelassen.

Die Stellen als **Lehrpersonen** stehen allen Befähigten offen.

Vernehmlassung

Es existiert eine Liste mit einer allgemeinen Aufzählung der Vernehmlassungsadressaten (auf der Website des Kantons). Die Departemente schlagen dem Staatsrat für jede Vernehmlassung eine Liste mit den konkreten Adressaten vor. Der Einbezug von Ausländer-Organisationen ist möglich, falls diese zum interessierten Kreis gezählt werden.

Konsultative Organe im Integrationsbereich

Konsultativkommission für Ausländer

Ständige kantonale Fachkommission. Zusammensetzung: verwaltungsextern und -intern

Besonderheiten

In einigen Gemeinden und Städten des Kantons existieren Ausländerkommissionen und Regelungen für Zuständigkeiten im Integrationsbereich, die nach unterschiedlichen Modellen funktionieren: Sitten, Martigny, Monthey (mit der ältesten Ausländerkommission im Kanton, die seit über 20 Jahren besteht), Saxon, Vouvry, St. Maurice, Sierre.

VALAIS

Base de la politique en matière d'intégration

La politique de l'intégration se fonde sur les articles 44 et 36^{bis} de la loi d'introduction relative à la loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers, du 1^{er} février 1967. Ces deux articles sont entrés en vigueur le 1^{er} janvier 2005.

L'Ordonnance sur l'intégration des étrangers et la lutte contre le racisme, du 12 janvier 2005, constitue une autre base.

La charte intitulée «Concept d'intégration pour les étrangers» du mois de septembre 2003 a été avalisée par le Conseil d'Etat le 3 juin 2004.

Droit de vote et droit d'éligibilité

Canton et communes: Pas de droit de vote pour les étrangers

Accès aux postes de l'administration

Une partie des postes de **l'administration** cantonale (fonctionnaire et employés) n'est accessible qu'aux ressortissants suisses. Des exceptions sont toutefois possibles. Les autres postes de travail sont accessibles à tous.

Seuls les Suisses sont admis au service de la **police**.

Les postes de **l'enseignement** sont accessibles à toute personne qualifiée.

Consultation

Il existe une liste comprenant le répertoire général de tous les destinataires aptes à se prononcer en procédure de consultation (cette liste figure sur le site Web du canton). Les départements proposent au Conseil d'Etat une liste de destinataires concrets pour chaque consultation. Les organisations des étrangers peuvent être consultées si elles appartiennent au cercle des milieux concernés.

Organes consultatif dans le domaine de l'intégration

Commission consultative des étrangers.

Commission cantonale spéciale permanente. Composition: membres externes et internes à l'administration.

Particularités

Dans quelques communes et dans quelques villes du canton, il existe des commissions des étrangers et des dispositions relatives aux compétences en matière d'intégration qui fonctionnent selon des modèles différant d'une commune à l'autre. Il en va ainsi des localités de Sion, Martigny et de Monthey (qui a la plus ancienne commission des étrangers du canton puisqu'elle existe depuis plus de 20 ans), Saxon, Vouvry, St-Maurice et Sierre.

NEUCHATEL

Base de la politique en matière d'intégration

La politique en matière d'intégration se fonde sur la loi sur l'intégration des étrangers, du 20 mai 1996.

Droit de vote et droit d'éligibilité

Canton: droit de vote

Depuis 2002, les étrangers au bénéfice d'un permis d'établissement qui sont domiciliés au moins depuis 5 ans dans le canton, ont le droit de vote sur le plan cantonal. Mais ils ne sont pas éligibles. Au mois de juin 2007, une intervention qui voulait donner aux étrangers le droit d'être élus sur le plan cantonal échoua. Cependant, ils peuvent être nommés dans les commissions législatives et d'autres commissions telles que les commissions extra-parlementaires cantonales.

Communes: droit de vote et droit d'éligibilité

Depuis 1849, les étrangers au bénéfice d'un permis d'établissement et qui sont domiciliés depuis une année dans le canton ont le droit de vote sur le plan communal. Dans une votation populaire de juin 2007, le Souverain a introduit également le droit d'éligibilité. Les électeurs étrangers peuvent aussi présider l'exécutif communal. Ils peuvent siéger dans les syndicats intercommunaux et peuvent être nommés dans les commissions législatives et d'autres commissions telles que les commissions extra-parlementaires communales.

Accès aux postes de l'administration

La règle générale pour l'accès aux postes de l'**administration** est que tous les postes sont ouverts indépendamment de la nationalité, et les exceptions où la nationalité suisse est requise sont clairement mentionnées dans une réglementation.

Les étrangers peuvent être nommés au **Tribunal** des prud'hommes (exigences: permis d'établissement, domicile dans le canton depuis 3 ans), à l'Office de conciliation des baux à loyer (exigences: permis d'établissement, domicile dans le canton depuis 5 ans), à l'autorité tutélaire (en tant qu'assesseur seulement; exigences: permis d'établissement, domicile dans le canton depuis 5 ans), ainsi qu'au titre de jurés.

La nouvelle loi sur la police neuchâteloise entrée en vigueur le 1^{er} septembre 2007 permet aux détenteurs de permis C domiciliés depuis au moins 5 ans dans le canton d'être nommés (suite à la formation requise) **agents de police ou assistants de la sécurité publique**.

Organes consultatif dans le domaine de l'intégration

Communauté de travail pour l'intégration des étrangers.

Commission permanente. Composition: membres externes et internes à l'administration.

GENEVE

Base de la politique en matière d'intégration

La politique de l'intégration se fonde sur la loi sur l'intégration des étrangers, du 28 juin 2001 (en vigueur depuis le 15 septembre 2001), ainsi que sur le règlement d'application de la loi sur l'intégration des étrangers, du 15 septembre 2001.

Droit de vote et droit d'éligibilité

Canton: Pas de droit de vote pour les étrangers

Communes: Droit de vote

Depuis le 2 juin 2005, les ressortissants étrangers ont le droit de vote sur le plan communal.

Condition: domicile légal en Suisse depuis 8 ans

Le droit de vote en faveur des étrangers a été introduit à la suite d'une initiative populaire intitulée «J'y vis j'y vote». Le Peuple a accepté cette initiative populaire pour le droit de vote des ressortissants étrangers en 2005 par 52 pour cent de oui. L'initiative populaire parallèle qui demandait également l'éligibilité des étrangers fut balayée par 53 pour cent de non.

Accès aux postes de l'administration

Toutes les places de travail dans l'**administration** cantonale, même les postes de fonctionnaires, sont accessibles sans restrictions aux étrangers. C'est uniquement pour la police qu'il existe des restrictions. Les personnes qualifiées qui n'ont pas encore la nationalité suisse peuvent entreprendre une formation dans la police, mais doivent être naturalisées avant la fin de leur formation.

Les postes **d'enseignants** sont accessibles à toutes les personnes qualifiées. Les étrangers doivent toutefois être autorisés à pratiquer par le Conseil d'Etat.

Les personnes n'ayant pas la nationalité suisse peuvent être nommées en tant que **juges assesseurs** au Tribunal des prud'hommes, au Tribunal des mineurs, à l'Office de conciliation des baux à loyer et au Tribunal des assurances sociales.

Consultation

Le canton et/ou le Parlement sont libres de consulter des organisations aptes à participer à une procédure de consultation. En revanche le canton de Genève n'a pas de liste de destinataires. Tout groupement qui se sent concerné par un projet de loi peut demander à être entendu par la commission chargée d'élaborer le projet en question ou lui adresser une prise de position écrite à ce propos.

Organes consultatif dans le domaine de l'intégration

Commission consultative de l'intégration.

Composition: cette commission se compose de représentants internes et externes à l'administration.

JURA

Base de la politique en matière d'intégration

La politique d'intégration se fonde sur l'article sur l'intégration de la Constitution jurassienne (article 18, 3e alinéa «Insertion des migrants dans le milieu social jurassien» en vigueur depuis le mois de décembre 2002), ainsi que sur l'Ordonnance concernant l'intégration des étrangers et la lutte contre le racisme du 3 décembre 2002.

Droit de vote et droit d'éligibilité

Canton: droit de vote

Depuis la création du canton en 1979, les étrangers qui ont leur domicile légal dans le canton depuis 10 ans ont le droit de vote dans les affaires politiques cantonales. Néanmoins, ils ne sont pas éligibles à des fonctions politiques. Par ailleurs, ils n'ont pas le droit de participer à des votations concernant des révisions de la Constitution.

Communes: droit de vote

Les étrangers ont le droit de vote dans toutes les communes. Dans une votation populaire, le Peuple a refusé en juin 2007 de donner l'éligibilité aux étrangers au sein des autorités communales. Les étrangers ne sont admis que par certains parlements communaux.

Depuis 2006, le canton du Jura demande aux étrangers qui veulent exercer leurs droits politiques sur le plan cantonal et communal d'avoir leur domicile légal depuis 10 ans en Suisse et depuis un an dans le canton.

Accès aux postes de l'administration

Les postes de travail dans l'**administration** cantonale et les postes dans l'**enseignement** sont accessibles à tous.

Aux termes des dispositions de la loi sur la police du 4 décembre 2002, les étrangers au bénéfice d'un permis d'établissement sont admis au service de la **police**.

Consultation

La Commission de l'intégration fait le lien entre l'administration et la population migratoire. Elle est partenaire dans toutes les consultations et elle est entendue pour toutes les questions relatives à la migration.

Organes consultatifs dans le domaine de l'intégration

Commission de l'intégration des étrangers et de la lutte contre le racisme.

Composition: représentants internes et externes à l'administration.